

Abonnementpreis:

Im ganzen deutschen Reiche: Ausserhalb des deutschen Reiches tritt Post- und Stempelzuschlag hinzu.
Jährlich: 18 Mark. Unter: 4 Mark 60 Pf.
Kinslins Nummern: 10 Pf.

Inseratenpreis:

Für den Raum einer gespaltenen Petitsseile 20 Pf.
Unter: "Ringensand" die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernseiten 50 % Aufschlag.

Erscheinen:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags
Abends für den folgenden Tag.

Amtlicher Theil.

Dresden, 15. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen gestattet, daß der Hochschule Professor Dr. Wiedemann in Leipzig das ihm vom Präsidenten der französischen Republik verliehene Offizierskreuz der Ehrenlegion annehmen und tragen.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht:

Telegraphische Nachrichten. (Östliche Zeitung, France, Voltaire, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Wiener Allgemeine Zeitung, Neue freie Presse, National, Union, Army and Navy Gazette, Pall Mall Gazette.)
Tagesgeschichte. (Dresden, Berlin, Polen, Kün-
den, Würzburg, Wien, Prag, Buda-Pest, Paris,
St. Petersburg, Belgrad, Valparaíso, Sofia, Kon-
stantinopel, Washington, Buenos Aires.)
Feuilleton.

Tageskalender.

Inserate.

Beilage.

Ernennungen, Verleihungen u. s. w. im öffentl. Dienste.
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Leipzig, Schwarzenberg-Treuen.)

Berücksicht.

Statistik und Volkswirtschaft.

Eingeladene.

Notizen.

Telegraphische Mitterungsberichte.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, Sonntag, 19. Februar, Abendblatt. (W. L. B.) Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, wonach dieselben eracht werden, ihm diejenigen Niederlassungen zu bezeichnen, nach welchen die ausgewiesenen Ordensbeamten etwa versuchen sollten zurückzukehren. (Vergl. unsre Pariser Correspondenz unter "Tagesgeschichte".)

London, Montag, 20. Februar. (Tel. d. Dresden Journ.) Die meisten Morgenblätter fadeln die neuzeitliche Rede des russischen Generals Stobolew. Die "Times" sagen, es sei hohe Zeit, den schüren bewundernden Reden von so hochgestellten Männern ein summarisches Ende zu machen. Es sei die erste internationale Pflicht Russlands und des St. Petersburger Hofes, durch Wort und That Österreich zu beweisen, daß es getreulich an dem Berliner Vertrage festhalte. Österreich habe bei seiner schwierigen und delicaten Lage Anspruch auf leale Unterstützung aller Berliner Signatarius. Das Geringste, was Europa erwarten könnte, sei die sofortige Desavouierung und Unterdrückung aller den europäischen Frieden gefährdenden Reden hochgestellter Persönlichkeiten, für welche die russische Regierung moralisch verantwortlich wäre.

Belgrad, Sonntag, 19. Februar, Nachmittags. (W. L. B.) Der General Tichomir Nicolai und der serbische Gesandte in St. Petersburg, Oberst Horvatic, haben die Übergabe des

Feuilleton.

Redigirt von Otto Bandt.

Der zweite Subscriptionsball im Neustädter Hoftheater.

Am 18. Februar stand in den Räumen des Neustädter Hoftheaters der zweite und letzte der von der Königlichen Generaldirektion in dieser Saison veranstalteten Subscriptionsbälle statt. Ein Trocken Wasser gleicht dem andern nicht mehr, als ein Subscriptionsball dem andern. Bei jedem dieser Bälle scheint der nächst vorhergegangene gleichsam an der Souffrière die Honneurs zu machen, mit gewohnter Empfangsbereudlichkeit, unverändert bühnentümlicher Rieke und in den selben Hallen und Saaltheile. Sicher verlieren die Subscriptionsbälle darum nicht an festelbem Reiz und immer frischer Anziehungskraft; wohl aber wird dadurch die erneute Schließung eingehemmt, wenn nicht überflüssig. Constatieren wir daher nur, daß der letzte Ball, ganz unter weniger großem Bravour, sicher aber nicht minder befriedigend, als sein Vorgänger für alle Theilnehmer verlief und daß derselbe leichter auch an Glanz nicht nachstand. Vergannten doch auch dies Mal Se. Majestät der König, sowie Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Georg, nebst Prinzessin Mathilde dem Fest ihre Begegenwart, in welcher feierlich der Reiz der Subscriptionsbälle seinen Culminationspunkt findet. Auf dem Rundgang durch den Saal unterhielten sich die allerhöchsten und höchsten Herrschaften halbvollständig mit vielen den Assempenden, unter welchen sich der Prinz Alexander von

Kriegsministeriums abgelehnt. Dem Vernehmen nach steht auch die Demission des Ministers der öffentlichen Bauten, Gabovic, zu erwarten. (Vergl. die "Tagesgeschichte".)

Dresden, 20. Februar.

Durch die jüngste, in Paris an die dort studirenden Serben vom General Stobolew gehaltene Ansprache ist mit einem Male eine Erregung der öffentlichen Meinung erfolgt, welche zwar aus keiner Veränderung der politischen Situation hervorging, die aber dennoch in ihrem Effekt eine derartige ist, als ob sie aus einer vollen Veränderung der politischen Konstellation entstammen sei. Die allgemeine politische Lage ist genau genommen noch die gleiche wie vor Monaten. Deutschlands Stellung zu dem offiziellen Russland ist zunächst noch völlig unverändert. Noch heute gelten die Worte der Botschaft, in welcher sich Kaiser Wilhelm anlässlich der Eröffnung des Reichstags dahin aussprach: „dab Er noch in seinem Jahr des letzten Decenniums mit gleichem Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens in die Zukunft geblickt habe, und daß seine persönlichen und politischen Beziehungen, welche Ihn mit den Ihnen so nahe befriedeten Monarchen von Österreich und Russland und welche Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden, eine zuverlässige Rückgrat für die Fortdauer des Friedens seien, auf welche die Politik des drei Kaiserhauses in voller Uebereinstimmung gerichtet sei.“

Dennoch ist das allgemeine Vertrauen, seitdem in der jüngsten Zeit eine Reihe panislamistischer Kundgebungen erfolgt sind, nicht mehr das gleiche. Die arroganter und prätentioser werdenen panislamistischen Zeitungsstimmen, die pauslawistischen Complot und Rendez-vous in Bulgarien, in Bosnien, Rumelien, sowie der Aufstand in der Krimwoche loanden nicht umhin, die Freunde des Friedens mit einem gewissen Misstrauen zu erfüllen, und die von mobloher slawischer Eitelkeit und Selbstüberhebung eingegebene Rede des Generals Stobolew hat daher einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, wie er seit langem in der Tagespresse nicht vernommen wurde. Es kommt hinzu, daß die anormale innere Lage Russlands, die drohende Auflösung des Reichstags eine Politik der Verzweiflung befürchtet löst, welche die Regierung leicht politischen Abenteuern und Projektionsmätern in die Hände zu liefern vermöchte, zumal diese in der russischen Geschichte schon manchmal Erfolg aufzuweisen haben. Es hat in Russland nie an Generälen gefehlt, die, wie Münnich und Ostermann, Politik auf eigene Hand trieben, die Regenzen ein- und abzogen und gewaltätig die Richtung der Politik veränderten. Zar Peter III. brachte die Begeisterung, die er für Friedrich II. empfand, und seine deutschstämmlichen Gesinnungen mit dem Tode, und wie brauchen nicht die Freunde der russischen Sätze durchzugehen, um den Einflug, den fühne Herrscher auf den Gang der Politik ausübten, zu erwiesen. Wurde doch noch in der neuzeitlichen Zeit der friedliebende Kaiser Alexander II. durch die Intensität der panislamistischen Propaganda gewaltsam zu dem orientalischen Kriege gedrängt. Der Eindruck der Rede Stobolew's wird vermehrt durch die in St. Petersburg coursirende Meinung, es habe der General mächtige Befürchtungen, und durch die in aristokratischen Kreisen daselbst verbreitete Erzählung, es sei der brennendste Wunsch der jüngsten Ansprache Stobolew dictiert und zugleich dem panislamistischen Publicisten Afanow nach Moskau gemeldet worden. Die deutschstämmlichen Artikel in den panislamistischen Presse daher mit den Kundgebungen des Generals auf einen gemeinsamen Ursprung zurückzuführen.

Wenden wir uns nunmehr zu der die gehaltene

Sachsen-Weimar, der Fürst Heinrich IV. Reuß-Köstritz, der Fürst v. Schönburg-Waldenburg, der Erbprinz v. Solms-Wildenfels und andere erlöste Herren, teilweise mit hoher Familie besondern. Ebenso wohnen St. Exz. der Exz. Staatsminister v. Rositz-Wolfsitz, die Herren Gefolge Preußens und Österreichs u. s. w. dem Balltheile bei, das erst gegen 2 Uhr sein feßliches Ende fand.

Réidenztheater. Am 19. Februar wurde zum ersten Male eine vierzehnte Schengenspielse von L. Troyer, mit Musik von G. Steffens gegeben. Sie heißt: "Wünschner Kind" und hat schon andern Ort sich als eine dankbare Unterhaltungsspielse erwiesen. So gleich es auch hier. Allerdings ist das Stück großertheils aus sehr trivialen Scherzen und schon andernwohl gebrauchten Effecten und Dingen gesammelt, auch oft recht dreck und plump im Dialog und nicht arm an Kalauerquälerei. Das Alles aber findet sich in andern modernen Possen, welche dem genügend gleichermaßen Geschmack konsernen, gleichfalls.

In dieser Novität treten nun zur Stütze des Erfolgs behagliche Elemente von Drollereien hervor, die sich mit einer andern unverträglichen Wirkung verbinden. Dies liegt in den drastischen Gegensätzen zwischen süd- und norddeutschen Nationalercheinungen. Der originelle naturwüchsige Alpenbewohner in Berlin, der Berliner auf der Alm, ja schon in einem echt böhmischem Wirthshaus, daß der Dialog mit all' seinen Weisheitswissen, die Widerprüche der Sitten und Anschauungen zwischen beiden Theatern — das sind seit alter Zeit dankbare Focien für die Theaterszene. Der Verfasser hat sie mit einer lustigen Erfindung kombi-

tiert, welche die jüngste Tagespresse beschäftigendes neuesten R. de. Der "France" zufolge hat Stobolew am 16. d. in Paris vor der österreichischen Studentenrepräsentation, die ihm eine Adresse überreichte, sich dahin ausgesprochen:

„Ich muß freilich zu Ihnen sprechen, und ich will es Ihnen. Ich muß Ihnen auf der Höhe seiner persönlichen Freuden im Eigentlichen und seiner slawischen Rolle im Slawenland nicht immer auf der Höhe seiner persönlichen Freuden im Eigentlichen und seiner slawischen Rolle im Slawenland steht. Der Stand ist, daß Russland im Innern wie nach außen mit dem fremden Einfluß zu starr ist. Bei uns wird nicht zu Hause. Da der Fremde ist überall, seine Hand ist in allem. Wir sind Opfer seiner Politik, seiner Intrigen, Slaven seines Gewalt. Wir sind bereit uns seine geschätzten und verdorbenen Einsätze gelähmt, daß, wenn wir uns eines Tages, wie ich hoffe, davon befreien, wie es nur mit dem Ende in der Hand kann lassen. Und wenn Sie wollen, daß ich Ihnen sage, wie dieser Fremde, dieser Einbringling, dieser Intrigan, dieser Feind, der für die Russen und Slaven so gefährlich ist, wie ich ihn nennen soll, der den Deutzen nach Osten empfindet. Sie kennen ihn sehr; es ist der Deutze, das ist der Feind. Der Kampf ist unvermeidlich zwischen den Slaven und dem Teutonen, er ist sogar jetzt noch; er wird lange, blutig und schrecklich sein. Aber ich für meinen Teil sage den Slaven, daß ich mit dem Siege der Slaven enden werde. Was Sie angeht, so ist es ganz natürlich, daß Sie den Kämpfen zu wichen, woran Sie sich zu halten haben, denn das Blut fließt Ihnen bei Ihnen. Ich werde hierher nicht viel sagen; aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß, wenn man an die Staaten rückt, die durch europäische Verbündete anerkannt sind, sei es Serbien oder Montenegro, was wohl, so werden Sie sich nicht allein schlagen. Nochmal Dan, und wenn das Gesetz es will, auf Wiedersehen auf dem Schlachtfeld stehen einander auf dem gemeinsamen Feind!“

Nach einem Pariser Telegramm der "Kölnerischen Zeitung" hat nun vor General Stobolew einem Correspondenten des rheinischen Blattes gegenüber den Eindruck seiner Rede etwas abweichen müssen und erklärt, er sei sehr unzufrieden, daß die "France" eine Rede veröffentlichte, welche voll sei von heftigen Ausdrücken, die er nie gebracht habe. Stobolew verfügt, daß es ihm gefreut habe, als Deutschland im Jahre 1871 seine Einheit eroberte; aber es gebe keine größere Ungerechtigkeit, als den Slaven zu verweigern, was man den Deutschen gern zuschreibe. Unbezüglich des Krimkrieges hat langsam und unaufhörlich in Russland die Abneigung gegen Deutschland, gegen alles, was deutsch heißt, gefordert, und das ist eine Thatsache, mit welcher wir mehr rechnen sollten, als im Allgemeinen der Fall ist. Doch ein Vierteljahrhundert dazu gehört hat, alte Verbindungen so zu zerstören, wie es geschehen ist, beweist, wie stark die Verbindungen in der That gewesen sind. Daß, trotzdem dagegen, diese Verbindungen wieder auf den früheren Stand gebracht werden könnten, dafür spricht leider nur wenig. Es gibt auch kein Mittel dagegen, da die Bewegung im inneren einer Gesellschaft, welche die Intelligenz eines Volkes repräsentiert und dieses daher notwendigerweise lenkt, vor sich geht.“ — Der "Kölnerischen Zeitung" wird aus Berlin geschrieben: „Die beste Verbindung für die Freunde des Friedens liegt zur Zeit in der That, daß in Paris jetzt besserer Ernst herrscht, als in St. Petersburg. Trotzdem wird man aber vom Füchsen Bismarck, der seinem König das Wort gegeben hat, ihm in der Erhaltung des Friedens bis an sein Ende hilfreich sein zu wollen, erwarten dürfen, daß er die russischen antis. Kreise energisch darauf aufmerksam mache, daß man einen Wahnsinn nicht bloß mit dem Wahnsinn entzündigen kann, sondern die Pflicht hat, ihn als Wahnsinn zu behandeln, d. h. nicht dort frei herumlaufen zu lassen, wo er leicht unübersehbares Unheil anrichten könnte. Der Diplomatische Anlauf zu energischem Vorgehen in St. Petersburg beläßt Erlangung unbedeutiger Erklärungen der russischen Regierung gegeben zu haben, das in vielleicht das einzige Erfreuliche an Stobolew's Amtsgebung; vorausgegegen, daß die von Russland zu erwartenden Erklärungen unrichtig sind und bestredigend. Der jetzigen Unwissenheit über die Absichten der russischen hohen Kreise muß jedenfalls ein Ende gemacht werden.“

Unter den österreichischen Blättern erwähnen wir zunächst eine verhältnismäßig ruhige Neuzeitung der "Wiener Allgemeinen Zeitung", welche schreibt: „Alle Meldungen aus Russland stimmen darin überein, daß man dort im ganzen Reiche mehr und mehr das Bewußtsein hat, einer Kritik entgegenzugehen. Die dortige Stimmung läßt sich in den Worten ausdrücken: So kann es nicht weiter gehen. Was geschehen soll, was geschehn kann, weiß Niemand anzugeben; doch aber alle Factorien des Staatslebens morsch und brüderlich geworden sind, daß es nichts mehr haltbar, nichts mehr festes gibt, daß ist das allgemeine Bewußtsein, darüber ist sich die Regierung wohl ebenso klar, wie die denkenden Klassen in der Nation. Aus solchen Sachen erhält erfahrungsgemäß am ehesten die Kanone des Krieges. Vor mehr als 40 Jahren befand sich die im

nicht, die man nicht nach ihrer Wahrscheinlichkeit fragen darf. Über sie bringt manches Scherze, vor allen Dingen läblich Harmlose, welches das Publikum unterhält und den Darstellern Gelegenheit gibt, ihre Rollen gewöhnlich auszuführen.

Das geschieht denn auch mit vieler Fleiß und man durfte sich der Vorstellung als einer regen, fröhlig-gelaunten Arbeit erfreuen. Das Publikum nahm das Dargebotene in diesem Sinne auf. So die Leistungen der Herren Wilhelm, Director Karl und Schwartz in den Rollen Stöhr, Pößmann und Stuckenthal. Auch für eine fröhliche weibliche Partie im Nationalcostume ist als Hauptrolle gelobt worden und in ihr, dem Ofi aus München, bewährte sich das Talent von Exz. Anna Bendel mit bestem Erfolg. Exz. Gorbach spielte die Kleinhäne der Liszt komisch und charakteristisch. O. B.

In den Bergen.
Eine Dorfgeschichte von Anton Ohns.

(Fortsetzung.)

In Thannsdorf waren aber mit Ausnahme der Kirche die beiden Gospaen noch nie so belebt gewesen, als an diesem Abende, denn das Ereignis, das sich heute hier vollzogen hatte, war zu ungeheuerlich. Alle hatten Worte aufrichtigen Bedauerns für den alten Gemeindewohler, und wohl kaum einer glaubte bisher an seine Schuld.

Die Tage der Untersuchungshaft waren für den Großhofsäuber nur noch der Schatten seiner selbst; die Kleider schliefen um den hagern Leib, sein Gesicht war greißhaft, und auch die Richter hatten Mitleid mit dem vor Kurzem noch hochangesehenen Mann, der nun auf der Anklagebank lag. Die Verhandlung bot nichts Neues. Der Staatsanwalt plaidierte in längster Auseinandersetzung für schuldbig, die Befragungen wurden verlesen, und eben wollte der Vertheidiger seine Rede beginnen, als der Vorsitzende die Wiederkunft machte, daß jedoch die Tochter des alten Laboranten angelkommen sei und als Beugin vernehmen zu werden wünsche.

So kam die Hauptverhandlung. Der Großhofsäuber war nur noch der Schatten seiner selbst; die Kleider schliefen um den hagern Leib, sein Gesicht war greißhaft, und auch die Richter hatten Mitleid mit dem vor Kurzem noch hochangesehenen Mann. Sie trat mit einem gewissen Bogen heran an den grünen Tisch und hielt die Augen zu Boden geklebt; sie konnte darum auch nicht bemerken, wie sowohl der Angeklagte als auch der junge Richter mit brennenden Blicken noch ihr hinaus. Auf die Wiederkunft des Präsidenten, daß man bereits ihrer Vernehmung sie — freilich vergebens — geahnt, gab sie mit ruhiger und deutlicher Stimme die Er-

Inseratenannahme auswärts:

Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt a. M.: Hosenstein & Vogler, Berlin-Wien-Hamburg-Frankfurt a. M.-Münster: Rud. Moos; Berlin: Inselblattdruck; Bremen: E. Schott; Dresden: L. Simon's Bureau (Brot & Käseb.); Frankfurt a. M.: E. Jaeger'sche Buchhandlung; Göttingen: G. Müller; Hannover: C. Schäfer; Paris: Berlin-Frankfurt a. M.; Stuttgart: Daube & Co.; Hamburg: Ad. Steiner.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals,
Dresden, Zwinglerstraße No. 29.

Dresdner Journal.

Verantwortliche Redaktion: Oberredakteur Rudolf Günther in Dresden.

Doctrinairismus erhielt die Regierung des französischen Kaiserthums in einer ähnlichen Lage, und der Herzog v. Orleans sagte damals zu Thiers, wenn er nur die Wahl habe zwischen Revolution im Innern und Krieg nach außen, dann sei er für den letzten. „Ich will am Ende“, so rief er aus, „noch lieber in der Donau ertrinken, als in einer Gasse des Rue Transnonain“. Wenn in Russland nicht bald das System geändert wird, so muß der Augenblick kommen, in dem der Zar nur noch die Wahl hat zwischen völligen Zusammenbruch im Innern, oder einem Krieg für die panlawistische Idee noch außen, d. h. einem Kriege gegen uns. Wie wir militärisch darauf vorbereitet sind, haben wir heute nicht zu untersuchen; wie wir und politisch darauf vorbereitet sind, das hat der Abg. v. Pleiter in seiner letzten großen Rede deutlich genug gesagt. Wir ziehen den Panlawismus im Innern groß, der uns von außen her mit dem Tode bedroht.“

Die „Neue freie Presse“ sagt: „Etwas in Stobolew's jüngster Rede hat und geradezu wohlthätig berührt. Es ist die Voraussetzung, daß Österreich und Deutschland in dem Kampfe, als dessen Herold er in Paris auftritt, fest und treu zusammenstehen werden. Eine Lockerung der Freundschaft zwischen ihnen hält Stobolew nicht für möglich; darum ruft er noch der Hilfe Frankreichs. Daraus leuchtet ein Sonnenblitz für die Zukunft. Wohl liegt es fast wie Econe, daß dem Österreich des Großen Taufes die Mission gehören könnte, an der Seite Deutschlands dem Ansturm der slawischen Welt Trost zu bieten, aber mit einem solchen Bundesgenossen wäre unsere Monarchie trotz Allem, was an ihr gefordert worden, auch stark genug, diese große gleichzeitige Sendung zu erfüllen.“

Über die Beurtheilung, welche die neueste Cau-
ciasian Stobolew's in Wien erhält, schreibt unser
dortiger Correspondent: „Man ist auch in außerjou-
natistischen Kreisen der Ansicht, daß von Seite des
russischen Cabinets etwas geschehen werde und müsse,
um den Hegerieren des Generals, sei es in dieser oder
jener Weise, einen Damm zu sehen, und daß es keines-
wegs genügt, die Auslastungen Stobolew's, der aktiver
Offizier der russischen Armee ist, als durchaus irrele-
vante, private Meinungsäußerungen hinzustellen. Man
wünscht sich eben darüber nicht, daß die Wirkung der
Worte, welche Stobolew an die serbische Deputation in
Paris gerichtet hat, in erster Linie dort merkbar
werden wird, wo soeben die österreichischen Truppen
Ordnung zu schaffen versuchen sind; in den insurgirten
Districten nämlich mußte es schon aufliegen, daß der
Inhalt der in Levene erbetenen Kriegsfahne der Insur-
genten hauptsächlich aus Russland bestand, so fällt
dieser Umstand doppelt ins Gewicht, wenn man ihn
mit der Sprache der großen Mehrzahl der russischen
Blätter und mit den wiederholten Erwähnungen des
Siegers vom Schipka-Paß zusammenhält. Darin liegt
eben kein zufälliges Zusammentreffen, sondern ein be-
stimmtes System, und wenn auch heute die offiziellen
Kreise in Russland jeden Zusammenhang mit der pan-
lawistischen Strömung in Abrede stellen, so genügt es
durchaus nicht, wenn dies in so platonischer Weise ge-
schieht, wie bisher. Erfreutlich bei der ganzen Affaire
ist nur die durchaus harmonische Auffassung derjenigen
Teile der österreichischen und der deutschen Presse, ein
Beweis, daß man in Berlin gerade so gut wie in
Wien fühlt, wohn eigentlich der Panlawismus zielt.“

Die französischen Blätter haben den üblen Ein-
druck von Stobolew's Rede auf Berlin bevor, und die gambettistischen Organe geben Schadenfreude und.
Der „National“ sagt: „Wir müssen den panlawistischen
Feldzuge Russlands fernbleiben; wir bemühen den
Wahl und den Patriotismus Stobolew's, aber
dürfen uns nicht fortsetzen lassen; Frankreich ist ein
erstes Land, welches keine Zukunft nicht auf einen
Spielplatz wünscht und preisgibt.“ — Die
„Union“ bemerkt, die Rede sei eine wahre Kriegs-
erklärung gegen die deutsche Rasse namens der slawischen;
ob diese Erklärung ein Fall Stobolew's oder
der Ausdruck einer bedeutenden Partei des russischen
Volkes sei, so werde doch die öffentliche Meinung da-
durch beeindruckt. Die „Union“ erblidet in Stobolew's
Ausreden die Verhängung des Gerichts, daß
Gambetta ein Vändere mit Russland gewollt hatte,
und fürchtet, daß bei einem russisch-deutschen Kriege
Frankreich nicht neutral bleiben könnte.

In England glaubt man, nach einem Londoner
Telegramm der „Athen. Zeit.“, der Kaiser Alexander
selbst habe in einem Befreiungskriege der Südländer
ein Ableitungsmittel gegen den Römisch-Katholizismus entdeckt. Die „Army and Navy Gazette“ meldet, daß Stobolew heimlich und incognito nach London kommen

werde, um alle russischindischen Wöhren in Eng-
land nach dem Beispiel der Madame Rovilow durch
Geld im Vorraus zu verlämpfen für den Fall, daß
Russland Österreich in Europa und die Türkei in
Kleinasien angreife. — Die „Pall Mall Gazette“
bringt einen ganz begeisternden Artikel über Stobolew, den die Geschichte einst neben Napoleon, Wellington,
Grant (sic!) und Wolfe stellen werde. Es ist ein
allgemeiner Erinnerungstag, daß eine Thoretie stets
neue Thoretien im Gefolge hat, und wer sich hieran
erinnert, den können die Schullen der „Pall Mall
Gazette“ nicht überraschen.

Tagesgeschichte.

Dresden, 20. Februar. Beide Kammer hielten
heute Sitzungen ab. In der Ersten Kammer be-
gründete vor Eintritt in die Tagessordnung Secretär
Georg Römerich folgende von ihm eingebrachte Inter-
pellation:

„Die Frage näher zu treten, ob die Russischen
wissenschaftlich zu entlohen sei, oder nicht, wird die König-
Staatsregierung am Anfang erlaubt, ob dieselbe in der Lage
war, amtlich über erste zu cognosieren, und ob im Be-
hauptungsfall namentlich Thiere getroffen seien.“

- 1) daß die Russischen auf die unerlässlichen und mit
unter Kürschnerei ausserthöher Organe vornehm-
lichen Hölle belästigt bleibe und
- 2) daß alle von der Russischen gebrauchten Hölzmittel
angemessen werden, um die Leiden des als For-
schungsobjekt dienenden Thieres zu mildern?“

Staatsminister Dr. v. Werber beantwortete diese
Interpellation, wie folgt:

Die Interpellation beginnt mit der Bemerkung, daß sie
nicht bekräftigte, die Frage näher zu treten, ob die Befreiung
wissenschaftlich zu entlohen sei; das habe ebenfalls keine
Berechtigung, die Russischen an ihrer Stelle zu beanspruchen; nur
bemerkte will ich, daß die offiziellen tschommischen Autoritäten
des Landes sie bejahen. Die Interpellation fragt zunächst, ob
die Regierung in der Lage war, amtlich über die Befreiung
zu cognosieren. Diese Frage habe ich zu bejahen. Es haben
im Jahre 1880 und 1881 ähnliche Verhandlungen deshalb
stattgefunden und zwar nicht bloß Berührungen des Gal-
ministeriums mit mir in seinem Department befindlichen An-
hälften, sondern auch Verhandlungen ähnlicher Art des Ministeriums
des Justiz und endlich Verhandlungen zwischen diesen
beiden Ministerien. Die Interpellation fragt jedoch, ob namentlich
Fürsterei getroffen sei, erstaunt, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter Aufsicht dage-
genüberthöher Organe vornehmlich gemacht werden werde. Die Befreiung
wird, was dem Department des Galministeriums ange-
hörenden Kasernen betrifft, hauptsächlich in dem physiologischen
und pathologisch-anatomischen Institut der Universität betrieben,
und zwar unter der Leitung, Ausübung und Betreuung
der dort bestellten Dozenten. Was die Frage betrifft, ob
sie nur in unerlässlichen Fällen ausgeübt werde, so glaube ich
anzunehmen zu dürfen, daß auch dies der Fall ist, aber freilich
muß die Befreiung dieser Thiere doch immer den jährlichen
Umfeld des Directores überlassen werden. Die Inter-
pellation fragt endlich zweitens, ob Thiere dafür getroffen
sei, daß alle von der Russischen gebrauchten Hölzmittel ange-
wendet werden, um die Leiden des als Forschungsobjekt dienenden
Thieres zu mildern. Ich glaube, diese Frage unbedeutend
bedarf zu haben; ich würde meinen, daß in dies auch
dann thun würde, wenn man nicht bei Anlass jener er-
wähnten Verhandlungen andrerlei Beschränkungen bestellt
würde. Thiere gemacht werden müssen.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, damit der Standpunkt der
Regierung züglich charakterisiert wird, einige Worte aus einer
Veröffentlichung vorlesen zu dürfen, die in dieser Angelegenheit
vor einem Jahre ergangen ist. Das Ministerium hat damals
unter Anerkennung folgendes geschrieben:

„Wie verschieden man auch über den Wert und die
Berechtigung der Befreiung stehen möge, deren nach
Schätzungen auf eine allgemeine Befreiung zu rechnen
sei, doch auch dieses Mittel der wissenschaftlichen Forschung
unter den allgemeinen Bedingungen wichtiger Betrachtung steht,
denen sich keine menschliche Tätigkeit, wie vornehmliche Proze-
ße immer vorziehe, entziehen kann. Das Ministerium hofft
nun zwar so weit thunlich eine allgemeine Regelung dieser
Angelegenheit zu erläutern — eine Hoffnung, die bis leider
nicht erfüllt ist; aber auch das Ergebnis einer solchen
nur nicht dies füllen kann, das das Ministerium sehr in
jedem Falle jenseits Grenzen zu bestimmten hätte; es wird in
Allgemeinen immer den Gelehrten, wiedem es die Befreiung
eines so wichtigen Zweiges der Medizin überlässt, die
hierzu zu vertrauen haben. Indes wird doch auch dieser
Geschäftspunkt niemals dann überlassen, daß sich das
Ministerium jeder eigenen Verantwortlichkeit entzogen
würde; es wird auch dadurch, nicht jener Verantwortung
entzogen werden, überall, wo es ihm adäquat erscheint, seine
Pflicht und Bedenken zum Ausdruck zu bringen.“

„Ich glaube, die hohe Kammer wird aus diesen Wörtern
erschließen, daß das Ministerium den Standpunkt sonst des Heraus-
Interpellanten, als des legitimen hochwürdigen Herrn Römerich habe.“

Die Kammer erledigte sodann den Entwurf des Justiz-
ministeriums im Wesentlichen nach den Beschlüssen der
jeweiligen Kammer; nur genehmigte sie den von dieser
abgelehnten Entwurf 17 des Cap. 40, Dispositionskwan-
tum zu peripheralen Zugaben an richterliche Beamte in
einer Gebaltofice unter 6000 M. zur Ausgleichung des
mit Verschwendungen verbundenen Mehr-
aufwandes und zu Funktionszulagen, gemäß dem An-
trage ihrer Deputation (Referent Seiler).

Erklärung, daß sie gleich nach des Vaters Begräbnis
die heimliche Hütte verlassen habe und jenseit der
Grenze, tief im Lande in einer Dienst getreten sei.
Sie habe vor zwei Tagen erst von der Verhaftung
des Vaters vernommen und habe darum bei ihrem
neuen Herrschaft um Urlaub gebeten. Der selbe sei
ihre verweigert worden und so habe sie unter Verzicht
auf jeden Vorteil des Dienstes verlassen und danke Gott
dass sie noch zeitig genug hier angelommen sei. Der
Präsident fragte weiter, was sie für eine Auslage zu
machen habe, und mit lauter, fester Stimme, so daß
man sie deutlich auch in der fernsten Ecke des Saales
verstehen konnte, sprach sie: „Ich habe nicht viel zu
sagen; das letzte Wort meines sterbenden Vaters war:
Geh hinunter ins Gericht und sag, er hat mich nicht
hinausgestoßen, ich bin ausgerückt auf dem glatten
Wege und bin von selber hinausgestoßen.“ Aber —
und das hat er auch gesagt, damit ich's laut und vor
allen Leuten ausspreche — ich hab' auch keinen Bruder
nicht erschlagen und habe keinen Theil an seinem
Tode, so wahr Gott mir hilft! — So hat mein Vater
seinen letzten Augenblicks gesprochen, und das
hab' ich hier sagen müssen!“

Hoch ausgerichtet stand das Mädchen im Gerichts-
saal, die Wangen waren rot geworden, die brauen
Augen glänzten; das Zeugniß in seiner unendlichen
Einzigkeit mußte wahr sein — den Eindruck hatte
Jeder, der es mit umgebettet und der die Bemerkung sah.
Am nächsten aber hatte es den Angeklagten erschüttert.
Hart an dem Scheidewege, wo das vernichtende
Schuldig aber ihm fallen sollte, umso mehr es ihn wie
der schützende Flügelshut seines Engels. Die Thränen
glossen dem alten, eisernen Mann aus den Augen

Die Zweite Kammer brach die Cap. 19—21
des Staatshaushaltsetsatz, Steuern und Abgaben, zu
Cap. 21, Chausseen und Brückengelder, beschloß die
Kammer auf Antrag der Minorität der Deputation,
gegen den Widerstand der Staatsregierung, mit 39
gegen 32 Stimmen, die Aufhebung der Chausseen- und
Brückengelder von der nächsten Haftperiode ab zu be-
antragen. Zu den Einsätzen aus der Einkommensteuer
wurde gegen die beiden untersten Klassen der Einkommensteuer
fest zu lassen und der Regierung für den nächsten
Landtag die Vorlegung einer abgeänderten Einkommen-
steuer- und Abgabesteuerscalae im Sinne einer, der weiteren Entlastung
der unteren und mittleren Einkommensstufen zur Er-
wägung zu geben. Die Diskussion über diese An-
sprüche war bei Schluss des Votates noch nicht beendet.

Berlin, 18. Februar. Ihre hohe und kgl. Hoheit die Kronprinzessin ist heute Abend noch 9 Uhr
mit dem Fahrzeug ihres Kutschers nach Kreuzberg
gefahren, wo sie die Salzwagen eingeholt war, von ihrem zweit-
jährigen Ausflug nach Kreuzberg zurückgekehrt war.

1) daß die Russischen auf die unerlässlichen und mit
unter Kürschnerei ausserthöher Organe vornehm-
lichen Hölle belästigt bleibe und

- 2) daß alle von der Russischen gebrauchten Hölzmittel
angemessen werden, um die Leiden des als For-
schungsobjekt dienenden Thieres zu mildern?“

Staatsminister Dr. v. Werber beantwortete diese
Interpellation, wie folgt:

Die Interpellation beginnt mit der Bemerkung, daß sie
nicht bekräftigte, die Frage näher zu treten, ob die Befreiung
wissenschaftlich zu entlohen sei; das habe ebenfalls keine
Berechtigung, die Russischen an ihrer Stelle zu beanspruchen; nur
bemerkte will ich, daß die offiziellen tschommischen Autoritäten
des Landes sie bejahen. Die Interpellation fragt zunächst, ob
die Regierung in der Lage war, amtlich über die Befreiung
zu cognosieren. Diese Frage habe ich zu bejahen. Es haben
im Jahre 1880 und 1881 ähnliche Verhandlungen deshalb
stattgefunden und zwar nicht bloß Berührungen des Gal-
ministeriums mit mir in seinem Department befindlichen An-
hälften, sondern auch Verhandlungen ähnlicher Art des Ministeriums
des Justiz und endlich Verhandlungen zwischen diesen
beiden Ministerien. Die Interpellation fragt jedoch, ob namentlich
Fürsterei getroffen sei, erstaunt, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter Aufsicht dage-
genüberthöher Organe vornehmlich gemacht werden werde. Die Befreiung
wird, was dem Department des Galministeriums ange-
hörenden Kasernen betrifft, hauptsächlich in dem physiologischen
und pathologisch-anatomischen Institut der Universität betrieben,
und zwar unter der Leitung, Ausübung und Betreuung
der dort bestellten Dozenten. Was die Frage betrifft, ob
sie nur in unerlässlichen Fällen ausgeübt werde, so glaube ich
anzunehmen zu dürfen, daß auch dies der Fall ist, aber freilich
muß die Befreiung dieser Thiere doch immer den jährlichen
Umfeld des Directores überlassen werden. Die Inter-
pellation fragt endlich zweitens, ob Thiere dafür getroffen
sei, daß alle von der Russischen gebrauchten Hölzmittel ange-
wendet werden, um die Leiden des als Forschungsobjekt dienenden
Thieres zu mildern. Ich glaube, diese Frage unbedeutend
bedarf zu haben; ich würde meinen, daß in dies auch
dann thun würde, wenn man nicht bei Anlass jener er-
wähnten Verhandlungen andrerlei Beschränkungen bestellt
würde. Thiere gemacht werden müssen.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, damit der Standpunkt der
Regierung züglich charakterisiert wird, einige Worte aus einer
Veröffentlichung vorlesen zu dürfen, die in dieser Angelegenheit
vor einem Jahre ergangen ist. Das Ministerium hat damals
unter Anerkennung folgendes geschrieben:

„Wie verschieden man auch über den Wert und die
Berechtigung der Befreiung stehen möge, deren nach
Schätzungen auf eine allgemeine Befreiung zu rechnen
sei, doch auch dieses Mittel der wissenschaftlichen Forschung
unter den allgemeinen Bedingungen wichtiger Betrachtung steht,
denen sich keine menschliche Tätigkeit, wie vornehmliche Proze-
ße immer vorziehe, entziehen kann. Das Ministerium hofft
nun zwar so weit thunlich eine allgemeine Regelung dieser
Angelegenheit zu erläutern — eine Hoffnung, die bis leider
nicht erfüllt ist; aber auch das Ergebnis einer solchen
nur nicht dies füllen kann, das das Ministerium sehr in
jedem Falle jenseits Grenzen zu bestimmten hätte; es wird in
Allgemeinen immer den Gelehrten, wiedem es die Befreiung
eines so wichtigen Zweiges der Medizin überlässt, die
hierzu zu vertrauen haben. Indes wird doch auch dieser
Geschäftspunkt niemals dann überlassen, daß sich das
Ministerium jeder eigenen Verantwortlichkeit entzogen
würde; es wird auch dadurch, nicht jener Verantwortung
entzogen werden, überall, wo es ihm adäquat erscheint, seine
Pflicht und Bedenken zum Ausdruck zu bringen.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher Organe vornehmlich
gemacht werden werde.“

„Ich bitte um die Erlaubnis, daß die Befreiung
durch unerlässliche Hölle belästigt und nur unter
Aufsicht dagegenüberthöher

beginn von Seiten jener Partei denkt, ja kommt mit jener Partei wie das Riegen eines Wiederaufbaus gegenüber einem zusammenhängenden Konsens vor (Reiter). Daraus gleicht jedes Wahlkreis und jeder Auftrag. Gegenüber viel eher das eine Partei mit unerlaubten Wünschen, wie sie keine andere Partei angemeldet hat, gefordert. Wie wirtschaftliche Reformer, verhandelt im Parlament und angenommen von der Staatsverwaltung, als nichtwendig, egoistische Interessenpolitik habe die wider beherrschte Wünsche zu verhindern keinen Anspruch auf Rangau. Man hat sogar diese Politik an den Eigentum eines Kindes gestopft. (Mühlrechts.) In Welschen lagte in einer Wahlversammlung ein fortgeschrittenes Abgeordnetes bereits der Aufforderung der Freiheit. „Wer anders ist, als Herr Wieden?“ In der Urtheil der Aufhebung der Eisenbahn. Er ist 19. Großgrundbesitzer; er hat 12 000 Taler Gold für geleistete Einen an England bezahlt müssen. „Die Lage davor hatten wir freie Einigung des Reichs.“ Der Ort, wo diese Rechte gehabt wurde, heißt Herren und der Reiter — Einen Richter. (Dann anhahende Heimlichkeit rechts.) Dieser Rechte folgte lärmhafter Applaus, und Dr. Lamprecht wurde in den Reichstag gewählt. Wo kann man wissen, wenn die erste Sitzung des Staates, dessen Verbindungen ich ganz unerwünscht lasse will, sich solche Verdächtigungen gelassen haben mag? (Abg. Richter: Nicht wahr!) Und diese Rechte hat ihren Wiederhall hier in Berlin gefunden. Der Beipiel verdienten einen guten Titel. Die Hochadelshäusern, die keine Gelegenheit vorliegen lassen, den Balken zuwenden. Das liegt die nächste Reaktion vor.“ Wenn jedoch Worte im Hause Rollen finden, so kann das allerdinge einstellen, was dem Rechte als Schadensersatz wieder und immer wieder vorgeführt wird. Wenn die Regierung vor solchen Verdächtigungen nicht sicher ist, so möchtest du mich fragen, ob der Parteienkonsens bei uns noch möglich ist. Wenn eine Partei klagt, hat, in Angesicht vorliegender Verteilung zu sein, jo ist das die Freiheitsrechte. Diese Angriffe der „Provinzial-Correspondenz“ sind nur auf das Verhalten der Partei in früherer Zeit, zum Beispiel bei der Frage der Militärorganisation, wo es doch, wie wollen Verhinderung des Landwehrkreises mit Auszugnahme von Turnern und Schülern. (Reiter rechts: Abg. Richter: Ihr geht zu früh gekämpft.) Damit Gold ist es dann nicht gekommen. Was hätte sich jo eine herzliche Amerik 1870 bewusst? Sachlich ließen die bereiten Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ ja, wenn auch die Form zu ändern sein mag. Ich es dann nicht wahr, daß der Dr. Wieden bei der konservativen Vorlage erklärte: „Wir wollen am liebsten gar keine Rechte, keine Autorität in der Rechte?“ (Abg. Richter: Kein Wort mehr!) Und hat der Abg. Richter nicht Revolutionen in Staat genommen? Wenn ich die Schriftleitung ziehe, so kommt ja im folgenden Beitrag: „Auf der einen Seite im Horn geschriebene Artikel, die in der Form wohl verschaffen, jährling oder richtig sind; auf der anderen Seite ein konsequenter, systematischer Verurteilung aller Handlungen der Regierung. Ich werde Behaft machen, daß die „Provinzial-Correspondenz“ bei aller Stärke der Abwehr bei Angreifern die Forme wendet, die man auch politischen Feinden häufig ist. Siehe auch Sie, meine Herren, daß in Ihrer Freizeit und in Ihren Besprechungen das Gleiche getan wird! (Beobachter: Lang anhaltender Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt erklärt sich namens seiner politischen Freunde ihr Bewilligung des Dispositionsfonds und hält mit der Fortschrittspartei Abmachung, die Schrift der „Provinzial-Correspondenz“ gegen dieselbe für gerechtfertigt hältend.

Abg. Richter erinnert seinen Kollegen Richter. Er erläutert, daß er nicht in der Lage sei, für den Dispositionsfond zu stimmen, und beantragt, die Poststelle und den Tit. 1 Kap. 25 (geheimer Aufgaben im Interesse der Polizei) der Budgetkommission zu übernehmen, welches Antrag der Vicepräsident des Staatsministeriums, v. Pultzmaier, als zwecklos erklärte.

Abg. v. Werner. Erklärt, daß unter Würde zu Minuten nachwandernden Feierlichkeiten die Verantwortlichen der Fortschrittspartei durch. Er spricht mit den Worten: „Würde rückt Dr. Wieden Würde werden und ich kann noch dem Hause angehören.“ So würde ich Ihnen, meine Herren, auch dann noch zuwenden. Dieser Stand mag Dr. Goedelius bestätigt werden. (Sistmatische, minutenlange Heimlichkeit und Beifall.)

Abg. Richter macht den Beifall, den glühenden Empfang der v. Werner'schen Würde zu verwischen. Werner wendet er sich gegen die Anklamungen des Würdenträgers v. Pultzmaier.

Vicepräsident des Staatsministeriums v. Pultzmaier erwidert zustimmend auf die Bemerkungen Richter's.

Abg. v. Bessières erklärt, daß seine Partei für den Dispositionsfond stimmen werde, weil jede Befreiung eines solchen bedürfe. Wenn er und seine Freunde die Befreiungsart auch nicht billigen können, so könne dies ja doch nicht bestimmt, gegen den Stand zu stimmen.

Hierauf wird Verlagerung beantragt und beschlossen. Nach langerem persönlichen Wortkampfe zwischen den Abg. Richter, v. Quast und v. d. Neuenfeld schreibt die Sitzung ab. Nach Stunde Montag 11 Uhr. Schluß ½ Uhr. — Nach sehr langen und ausführlichen Debatten nahm heute die Eisenbahncommission des Abgeordnetenhauses den wichtigen § 10 des Eisenbahngesetzes, welches von der kommunalen Besteuerung handelt, in folgender Fassung an: „Bis zu einer anderweitigen Regelung der Communalbesteuerung der Eisenbahnen finden die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung der Privatbahnen zur Zahlung von Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern auf die im § 1 bezeichneten Eisenbahnen auch noch dem Übergange derselben in die Verwaltung für Rechnung des Staates oder in das Eigentum des Staates in gleicher Weise, wie bis zu diesem Zeitpunkte Anwendung. Die vorliegende Bestimmung findet vom Steuerjahr 1882/83 ab auch Anwendung auf die durch die Gesetze vom 20. December 1879 und

14. Februar 1880 auf den Staat übergegangenen Privatbahnen. Sollte durch eine neue Zusammenlegung verschiedener Strecken von Staats- oder in die Verwaltung für Rechnung des Staates übergegangenen Bahnen zu einem Eisenbahndirectionsbezirk eine Vereinigung der zu zahlenden Gemeindesteuern sich ergeben, so ist der Besteuerung der Betrag des steuerpflichtigen Reineinkommens der einzelnen Stationen noch dem Durchschnitts der am 1. April 1880 vorangegangenen drei Steuerjahre zu Grunde zu legen.“ Ein Begegnungsantrag des Abg. v. Syner: „Der Betrag des Reineinkommens ist in jedem Steuerjahr in dem Verhältnisse zu erhöhen oder zu ermäßigen, in welchem die Stationenbruttoeinnahme gegen die des Steuerjahrs 1882/83, beziehungsweise, soweit das Steuerjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, 1881, sich erhöht oder vermindernd“, wurde abgelehnt, da in dem Antrage für das Provisorium bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Eisenbahnbesteuerung genügender Schutz für die Beibehaltung der Rechte der Gemeinden gewünscht wurde. Das Staatsministerium wird in den nächsten Tagen Beschluss über den angenommenen Antrag der Commission fassen. — Der Antrag des Gesamtvorstandes des Abgeordnetenhauses bezüglich der Herstellung eines neuen Gebäudes für das Abgeordnetenhaus auf dem Grundstück der Königl. Porzellanmanufaktur unter Einschaltung eines Theiles des Herrenhausgartens wird, wie man der „Nat. Zeit.“ schreibt, wahrscheinlich mit Zustimmung angenommen werden; man hofft allerdings auf Zustimmung der Regierung. Das Terrain dürfte um so leichter zu haben sein, da der ausgebaute Herrenhausgarten eigentlich völlig zwecklos ist, indem die nicht zahlreichen Sitzungen, welche das Haus abhält, meist in eine Zeit fallen, in welcher der Garten von Mitgliedern doch nicht benutzt werden kann. Man sieht sich noch immer der Hoffnung hin, daß die Regierung die Gelegenheit wahrnehmen wird, einen Raum für beide Häuser des Landtages herzustellen.

Posen, 18. Februar. (Tel.) In der heutigen Verhandlung des polnischen Socialistenprozesses gegen Mendelsohn und Genossen erfolgte nach der Vernehmung der in Posen befindlichen Zeugen das Plaidoyer des Staatsanwalts, welches schließlich folgende Strafanträge stellte: gegen Stanislaus Mendelsohn aus Warschau 2 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen den Studenten der Medicin Boleslaw Truskolaski aus Bern 5 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen den Buchbindergesellen Januszewski 3 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen die Guildeberichterin Marie v. Jankowska aus Chodorenko bei Kiew 6 Monate Gefängnis und 3 Monate Haft und gänzliche Ausweisung; gegen den Schlosser Bajoniewicz 6 Monate Gefängnis und 110 R. Geldbuße eventuell 22 Tage Haft und gegen den Cigarettenfabrikanten Kosobuk 6 Monate Gefängnis, und zwar ohne diejenigen 6 Angeklagten die erlittene Unterforschungshaft anzurechnen; gegen den Schlossergesellen Goryczewski 3 Monate Haft, die aber durch die erlittene Unterforschungshaft als verbüßt zu betrachten. Nach Beendigung der weiteren Plaidoyer wurde die Sitzung auf nächsten Montag Vormittag 9 Uhr vertagt.

* München, 18. Februar. Der Landtag abgeordnete Schels hat heute folgenden Initiativvorschlag bei der Kammer der Abgeordneten eingereicht:

„Erläuterter Artikel. Es steht des § 17 des Gesetzes vom 21. März 1881, die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl des Landtagsabgeordneten vom 4. Juni 1848 betreffend, tritt folgende Bestimmung: 1) Jeder Abgeordnete erhält für je 1 Kilometer Entfernung seines Wohnortes vom Orte der Versammlung so Vennige für die Reise nach Versammlung des Landtags. 2) Jeder nicht am Orte der Versammlung wohnende Abgeordnete erhält während der Dauer beiderlei für jeden Tag, den er ganz oder teilweise am Orte der Versammlung zubringt, dazu für den Beginn der Versammlung vorangehenden und dem Sitztage nachfolgenden Tag eine Entschädigung im Betrage von 10 Mark.“

Würzburg, 18. Februar. (M. L.) Heute stand vor der Strafammer des hiesigen Landgerichts die Verhandlung Stahl gegen die ehemaligen Abgeordneten Ignaz Lampert, katholisch, 57 Jahre alt, Prester und quiescierter Königl. Professor des Realgymnasiums in Würzburg wegen eines Vergehens der fortgegangen Untreue im idealen Zusammenfluß theils mit einem fortgegangen Vergehen der Unterstüzung, theils mit einem fortgegangen Vergehen des Betrugs, begangen in seiner Eigenschaft als Sekretär und Kassier des Zweigvereins des bayerischen Frauenvereins unter dem rothen Kreuze“, beziehungsweise des Kreisausschusses

Geist des Gedächtnis einzudringen, und auch die Berufe seines Sohnes machen den Eindruck geringer Prosa. Ernst Richterberger, Professor an der Sorbonne, hat Studien über die lyrischen Gedichte Goethe's herausgegeben, und Paul Steiner hat unter dem Titel „Goethe und seine beiden klassischen Meisterwerke“ eine allerdings von aussfallenden Ausschüssen erschüttete Arbeit über Iphigenia in Tauris und Hermann und Dorothea veröffentlicht. Aber auch belletristische Arbeiten und Romane werden jetzt übersehen, z. B. Auerbach's Barfüßer unter dem Titel: „La fille aux pieds nus“, Paul Heyls Novellen überzeugt von Bayet und Jouvaux, Müller's Charlotte Ackermann (von Joachim Borck), Spielhagen's Ellen's Heirath (von Helmut Henckel) und das Hans Schilling von der Moritz (von Frau Emilie Raymond). Diese stolte Reihe deutscher Schriftstellernamen gibt den Beweis, daß die durch Vorurtheile aufgerichteten Schranken wenigstens auf rein geistigem Gebiete in Frankreich zu fallen beginnen, und dieses Ereignis ist unter allen Verhältnissen freudig zu begleiten. —

Literatur. Die Bücher, welche der „Allgemeine Verein für deutsche Literatur“ durch das Organ der Verlagsbuchhandlung A. Hofmann u. Co. in Berlin seitensweise herausgibt, sind bei Bibliotheken schon des einzigen geschmackvollen Einbandes wegen geschätzt, verdienen aber auch um ihres Inhaltes willen meistens alles Lob. So brachte z. B. die erste Serie Hanslick's interessante Schrift über die moderne Oper und das gemütliche Buch Osenbrüggen's, „Die Schweizer, daheim und in der Fremde“; in der dritten Serie

des lehren für Unterstaaten und Althessenburg. Die Publication des Urtheils im Prozeß Lampert ist auf den 25. Februar anberaumt. Die Staatsbehörde hat 4 Jahre & Monate Gefängnis, sowie Abschaffung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre gegen Lampert beantragt, der Berthebiger Freisprüfung von einem Theile der Anklage und im Uebrigen 6 Monate Gefängnis, sowie Umgaugnahme von der Abschaffung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt.

* Wien, 19. Februar. Einer der wichtigsten Bezugspunkte für die eben tagende Gymnasialenquête bildet die Aenderung gewisser Bestimmungen über die Maturitätsprüfung. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Es soll nämlich gewissen bisher beliebten haarspalterischen Exercitien ein Damm gesetzt werden, damit endlich nicht mehr Ungehörlichkeit von der Art vorkommen, daß bei der Maturitätsprüfung junge Leute für das Studium z. B. der Jurisprudenz oder der Medizin als unreif erklärt werden, weil sie bei der Maturitätsprüfung etwa nicht haargenaue im Horaz, Ovid, Sophokles u. c. vor kommenden Geschmack verzuahnen vermöchten. — Die Nachrichten vom Insurrektionsschauplatz zeigen, daß das Vertrauen, das die Bevölkerung in die Truppen gesetzt hat, ein unverdient war; so weit man sich noch den allerdings späten Meldungen, die bis jetzt vorliegen, ein Bild der Gesamtlage machen kann, erscheint es aber o. s. ungemein wahrscheinlich, daß die Insurrection bisher stetig zurückgegründet worden ist. So hat die Verbündung mit der autonomen Partei das augenblickliche Verhältnis der Stimmen ausmachen wollen, durch Auflösung des böhmischen Landtages und des Abgeordnetenhauses in diesen beiden gesetzgebenden Körpern eine sehr bedeutende Mehrheit verschafft. Die „Nat. Zeit.“, das jugendliche Organ, nennt die gestrige Wahlniederlage der Verfassungspartei das „Sedan der Verfassungstreuen“ und fordert die schnelle Auslösung des böhmischen Landtages und die Ausbeschreibung der Neuwahl, weil nun den Autonomen der Sieg gesichert sei. Der „Postol“ (das Organ Dr. Krieger's) sagt bei der Erörterung und Erwagung des gebrügten Wahlergebnisses, daß sich die Regierung, wenn sie im Einverständnisse mit der autonomen Partei das Abgeordnetenhaus auf dem Grundstück der Königl. Porzellanmanufaktur unter Einschaltung eines Theiles des Herrenhausgartens wird, wie man der „Nat. Zeit.“ schreibt, wahrscheinlich mit Zustimmung angenommen werden; man hofft allerdings auf Zustimmung der Regierung. Das Terrain dürfte um so leichter zu haben sein, da der ausgebaute Herrenhausgarten eigentlich völlig zwecklos ist, indem die nicht zahlreichen Sitzungen, welche das Haus abhält, meist in eine Zeit fallen, in welcher der Garten von Mitgliedern doch nicht benutzt werden kann. Man sieht sich noch immer der Hoffnung hin, daß die Regierung die Gelegenheit wahrnehmen wird, einen Raum für beide Häuser des Landtages herzustellen.

Posen, 18. Februar. (Tel.) In der heutigen Verhandlung des polnischen Socialistenprozesses gegen Mendelsohn und Genossen berichten von einem vorgestern stattgefundenen Schriftsatz, welcher schließlich folgende Strafanträge stellte: gegen Stanislaus Mendelsohn aus Warschau 2 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen den Studenten der Medicin Boleslaw Truskolaski aus Bern 5 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen den Buchbindergesellen Januszewski 3 Jahre Gefängnis und 3 Monate Haft; gegen die Guildeberichterin Marie v. Jankowska aus Chodorenko bei Kiew 6 Monate Gefängnis und 3 Monate Haft und gänzliche Ausweisung; gegen den Schlosser Bajoniewicz 6 Monate Gefängnis und 110 R. Geldbuße eventuell 22 Tage Haft und gegen den Cigarettenfabrikanten Kosobuk 6 Monate Gefängnis, und zwar ohne diejenigen 6 Angeklagten die erlittene Unterforschungshaft anzurechnen; gegen den Schlossergesellen Goryczewski 3 Monate Haft, die aber durch die erlittene Unterforschungshaft als verbüßt zu betrachten. Nach Beendigung der weiteren Plaidoyer wurde die Sitzung auf nächsten Montag Vormittag 9 Uhr vertagt.

* München, 18. Februar. Der Landtag abgeordnete Schels hat heute folgenden Initiativvorschlag bei der Kammer der Abgeordneten eingereicht:

„Erläuterter Artikel. Es steht des § 17 des Gesetzes vom 21. März 1881, die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl des Landtagsabgeordneten vom 4. Juni 1848 betreffend, tritt folgende Bestimmung: 1) Jeder Abgeordnete erhält für je 1 Kilometer Entfernung seines Wohnortes vom Orte der Versammlung so Vennige für die Reise nach Versammlung des Landtags. 2) Jeder nicht am Orte der Versammlung wohnende Abgeordnete erhält während der Dauer beiderlei für jeden Tag, den er ganz oder teilweise am Orte der Versammlung zubringt, dazu für den Beginn der Versammlung vorangehenden und dem Sitztage nachfolgenden Tag eine Entschädigung im Betrage von 10 Mark.“

* Würzburg, 18. Februar. (M. L.) Heute stand vor der Strafammer des hiesigen Landgerichts die Verhandlung Stahl gegen die ehemaligen Abgeordneten Ignaz Lampert, katholisch, 57 Jahre alt, Prester und quiescierter Königl. Professor des Realgymnasiums in Würzburg wegen eines Vergehens der fortgegangen Untreue im idealen Zusammenfluß theils mit einem fortgegangen Vergehen der Unterstüzung, theils mit einem fortgegangen Vergehen des Betrugs, begangen in seiner Eigenschaft als Sekretär und Kassier des Zweigvereins des bayerischen Frauenvereins unter dem rothen Kreuze“, beziehungsweise des Kreisausschusses

Zusammensetzung der Wahlcommission, in welcher sich 5 Autonome und 2 Verfassungstreue befanden, begann die Stimmenabgabe, welche bis nach 4 Uhr Nachmittags dauerte. Hierauf fand eine Unterbrechung statt, nach welcher die Wahlcommission zum Scrutinium schritt, das erst um 9 Uhr Abends beendet war. Als gewählt erschien der Kandidat der „conservativen Partei“ (so nennt sich offiziell die autonome nationale Partei des Großgrundbesitzes), Ferdinand Prinz Lubkowicz mit 215 Stimmen; auf den Kandidaten der verfassungstreuen Partei Oswald Grafen Thun-Hohenstein jun. waren 187 Stimmen gesunken; der Letzte hat somit eine Majorität von 28 Stimmen erzielt. Von Mitgliedern des allerhöchsten Reichshauses, welche Domänen in Böhmen besitzen, bestätigte sich keiner an der Wahl. Die verfassungstreue Partei hatte durch Wahlentholungen, teilweise auch durch Uebertritte, jene bedeutende Schwächung erhaben, infolge welcher sie in der Minorität stand. Im jugendlichen Lager wird dieser neue Sieg der Autonomisten und Nationalen selbstverständlich mit größter Freude begrüßt. Die „Nat. Zeit.“, das jugendliche Organ, nennt die gestrige Wahlniederlage der Verfassungspartei das „Sedan der Verfassungstreuen“ und fordert die schnelle Auslösung des böhmischen Landtages und die Ausbeschreibung der Neuwahl, weil nun den Autonomen der Sieg gesichert sei. Der „Postol“ (das Organ Dr. Krieger's) sagt bei der Erörterung und Erwagung des gebrügten Wahlergebnisses, daß sich die Regierung, wenn sie im Einverständnisse mit der autonomen Partei das Abgeordnetenhaus auf dem Grundstück der Königl. Porzellanmanufaktur unter Einschaltung eines Theiles des Herrenhausgartens wird, wie man der „Nat. Zeit.“ schreibt, wahrscheinlich mit Zustimmung angenommen werden; man hofft allerdings auf Zustimmung der Regierung. Das Terrain dürfte um so leichter zu haben sein, da der ausgebaute Herrenhausgarten eigentlich völlig zwecklos ist, indem die nicht zahlreichen Sitzungen, welche das Haus abhält, meist in eine Zeit fallen, in welcher der Garten von Mitgliedern doch nicht benutzt werden kann. Man sieht sich noch immer der Hoffnung hin, daß die Regierung die Gelegenheit wahrnehmen wird, einen Raum für beide Häuser des Landtages herzustellen.

* Wien, 19. Februar. Einem der wichtigsten Bezugspunkte für die eben tagende Gymnasialenquête bildet die Aenderung gewisser Bestimmungen über die Maturitätsprüfung. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen.

* Wien, 19. Februar. Eine der wichtigsten Bezugspunkte für die eben tagende Gymnasialenquête bildet die Aenderung gewisser Bestimmungen über die Maturitätsprüfung. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnahmeprüfung für die Universität, abhalten zu lassen, wurde zwar fallen gelassen, aber dafür werden bei gewissen Schulungsbestimmungen, namentlich in der classischen Philologie, wesentliche Aenderungen, beziehungsweise Erleichterungen, vorgenommen. Das „Fidell.“ schreibt: Der von einer Seite lancierte Plan, die Maturitätsprüfungen durch Universitätsprofessoren, also als eine Art Aufnah

